

Stadt Lüdenscheid

Haushaltsrede BM Dieter Dzewas in der Sitzung des Rates am 12.09.2011

Es gilt das gesprochene Wort

- 1 -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch die Haushaltssituation im Jahr 2011 war weiterhin von erheblichen Defiziten als Nachwirkung der schweren Rezession in 2009 und 2010 geprägt. Dieser steile Abschwung ist überwunden, im ersten Halbjahr 2011 ging das Konjunkturbarometer weiter aufwärts, während sich zur Zeit für das 2. Halbjahr 2011 ein Abflachen dieser Entwicklung andeutet, wobei niemand verlässlich Aussagen über die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft machen kann. Richtig war aber auf jeden Fall die Aussage aus der vergangenen Haushaltsrede das noch ein längerer Zeitraum erforderlich sein wird, um bei unserer wichtigsten Einnahmequelle, der Gewerbesteuer, auch nur annähernd an das Spitzenergebnis des Jahres 2008 heranzureichen. Offen bleibt dabei die Frage, ob solche Ergebnisse in Lüdenscheid bei realistischer Betrachtung überhaupt noch einmal erreicht werden können.

Nachdem im Vorjahr die wirtschaftlichen Erholung dem Export zu verdanken war, insbesondere wegen der allgemeinen weltwirtschaftlichen Vorwärtsentwicklung, hat im Jahr 2011 die verstärkte Binnennachfrage weitere positive Entwicklungen ermöglicht. Beendigung der Kurzarbeit, Neueinstellungen, entsprechende Tarifabschlüsse in den für unsere Region wichtigen Branchen haben den Verbrauchern das notwendige Vertrauen gegeben, mehr Geld auszugeben.

So berichtete vor einigen Tagen ein Vertreter des ECE über beachtliche Positiventwicklung bei den Umsätzen der Geschäfte im Sterncenter. Das lässt nach wie vor hoffen, dass der Leerstand „Wehmeyer“ bald der Vergangenheit angehört und auch dort wieder attraktive Angebote für Lüdenscheid und Umgebung präsentiert werden können. Besonders deutlich werden die beschriebenen Entwicklungen an den veröffentlichten Zahlen vom heimischen Arbeitsmarkt:

Waren im August des Vorjahres noch 4706 Menschen ohne Beschäftigung so verzeichnet die Agentur in diesem Jahr für den Bereich der Geschäftsstelle Lüdenscheid 3733 Menschen, die dort arbeitslos gemeldet sind. Die Quote sank innerhalb Jahresfrist von 8,6 % auf aktuelle 6,8 %. Auch wenn sich ein Teil der neu geschaffenen Stellen zunächst nur über Zeitarbeit oder befristete Arbeitsverträge realisiert, ist damit doch glücklicherweise oft eine Perspektive auf weitere, dauerhafte Beschäftigung verbunden. Auch die Entwicklung der gemeldeten offenen Stellen zeigt eine eindeutig positive Tendenz : Waren es im August 2010 noch 514 offene Stellen wurden in diesem Jahr Ende August bereits 759 freie Arbeitsplätze gemeldet.

Allerdings hat diese Krise den Strukturwandel in unserer Stadt wieder ein Stück beschleunigt. Wie bei jeder vorhergehenden Krise sind einfache, rationalisierungsanfällige Arbeitsplätze weggefallen und neue Arbeitsplätze, mit

höheren Qualifikationsanforderungen entstanden. Viele der derzeitigen offenen Stellen, die nicht alle bei der Agentur für Arbeit gemeldet sind, sind im höher qualifizierten technischen Bereich angesiedelt, also hoch qualifizierte Facharbeiter, Techniker, Ingenieure.

Von der Besetzung dieser Stellen hängt im entscheidenden Maß die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, des Wirtschaftsstandortes Lüdenscheid und damit auch das Wohl unserer Stadt ab. Und hier gibt es nach wie vor erhebliches zu tun: Sowohl beim Anteil der Hochschulabsolventen an den SV Beschäftigten liegt Lüdenscheid mit 5,8 % hinter dem Durchschnitt im MK mit 6,1 % als noch weiter hinter NRW mit 9,5 %, aber auch bei den Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung liegen wir mit 51,9 % hinter dem MK mit 55,8 % und NRW mit 56,1 %. Diese Zahlen sind aus 2008 und damit nicht mehr tagesaktuell, sie zeigen aber in der Tendenz deutlich, wo bereits heute unsere Probleme liegen und wie die Erfordernisse für die Zukunft aussehen.

Ganz besonders erfreulich hat sich in diesem Jahr der Ausbildungsstellenmarkt entwickelt. Der Agentur für Arbeit wurden für den Märkischen Kreis seit Oktober letzten Jahres für das nun beginnende Ausbildungsjahr mit fast 3000 Stellen gut ein Viertel mehr Ausbildungsplätze gemeldet als im Vorjahr und dies bei zurückgehenden Bewerberzahlen. Aktuell sind noch 628 Bewerber um einen Ausbildungsplatz ohne einen entsprechenden Vertrag registriert, dem stehen 493 offene Angebote gegenüber. Für Lüdenscheid bedeutet dies ganz konkret:

In Lüdenscheid sind noch 84 gemeldete Ausbildungsstellen unbesetzt sowohl im technischen als auch im kaufmännischen, aber auch im Dienstleistungsbereich. Dies sind 30 Stellen mehr als im Vorjahr. Aber auch für die zur Zeit noch nicht versorgten 166 Bewerber und Bewerberinnen (26 weniger als im Vorjahr) müssen passende Angebote entwickelt werden, denn wir können auf keinen verzichten. Hier sind die von der Bundesregierung im Haushalt der Agentur für Arbeit zu verantwortenden Kürzungen mehr als kontraproduktiv.

Wir als Stadt Lüdenscheid sind aufgrund unserer desolaten Haushaltssituation leider nicht mehr in der Lage durch zusätzliche Ausbildungsplätze, wie in der Vergangenheit, einen Sonderbeitrag zur Verbesserung der Ausbildungssituation in unserer Stadt zu leisten. So konnte ich vor einigen Tagen lediglich vier junge Damen zum Beginn ihrer Ausbildung bei uns begrüßen, von denen eine noch aus dem eigenen Haus eine höhere Qualifikation anstrebt.

Um so wichtiger aber, dass der allgemeine wirtschaftliche Aufwärtstrend und damit einhergehend das Ausbildungsstellenangebot insgesamt erheblicher mehr Angebote mit sich bringt und das Bewusstsein der Lüdenscheider Unternehmen und anderer Ausbildungsplatzanbieter gewachsen ist, jetzt unbedingt Vorsorge im Bezug auf die demografische Verknappung und damit den zukünftigen möglichen Fachkräftemangel zu treffen. Die ausgesprochen positive Reaktion

auf die von der Stabsstelle Arbeit und Wirtschaft maßgeblich organisierte Ausbildungsmesse zeigt dies überdeutlich: Die Messe, die am 11.10.2011 erstmalig in unserem Kulturhaus durchgeführt wird, ist ausgebucht. Beinahe 60 Anbieter von Ausbildungsplätzen zeigen dort die ganze Bandbreite ihrer Angebote, dabei geht es von den Märkischen Kliniken als größtem bis zur Kaffeekultur als kleinstem Anbieter und die Bandbreite der Berufe geht vom Altenpfleger bis zum Zerspanungsmechaniker.

Eine besondere Herausforderung wird sicher im Jahr 2013 auf uns alle zukommen, wenn durch den sog. Doppeljahrgang entsprechend mehr Bewerber mit Abitur nach Ausbildungskapazitäten nachfragen werden. Hier gab es in der Vergangenheit von Seiten des Rates Signale, dass wir als Stadtverwaltung in dem entsprechenden Jahr noch einmal über das derzeitige Minimum hinaus unseren Beitrag zur Bewältigung dieser besonderen Herausforderung leisten sollen.

Trotz der sich allgemein verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist aber nach meiner festen Überzeugung auf absehbare Zeit keinerlei Spielraum für Steuergeschenke und Steuersenkungen, wie sie auf Bundesebene immer mal wieder ins Gespräch gebracht werden. Diese Diskussionen sind höchstens als untauglicher Versuch zu verstehen, mit kurzfristigen „Geschenken auf Pump“ verlorengegangene Wählergunst zu gewinnen, mit verantwortlicher Politik für das Gemeinwesen hat das wenig zu tun. Die zusätzlichen Steuereinnahmen verteilen sich auf den verschiedenen Ebenen sehr unterschiedlich. Vor allem der Bund, aber auch verschiedene Länder verzeichnen dabei einen deutlichen Anstieg, während es sich bei den Kommunen differenziert darstellt. Insgesamt bleibt die Situation der öffentlichen Haushalte aber angespannt, und die vieler Kommunen insbesondere auch die unserer Stadt Lüdenscheid, weiterhin katastrophal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Unsere außerordentliche finanzielle Notlage wird in diesem Haushaltsplan erneut überdeutlich: Abweichend von den Planungsdaten aus den Vorjahren geht dieser Entwurf von fast 10 Millionen Euro geringeren Schlüsselzuweisungen des Landes und Rückgängen bei den Ausschüttungen der Enervie in Millionenhöhe für die kommenden Haushaltsjahre aus. Dem stehen zwar gewisse Verbesserungen wie gut 3 Millionen Euro geplante Mehreinnahmen beim Einkommenssteueranteil oder ein Anstieg des Gewerbesteueraufkommens auf 40,5 Millionen gegenüber, aber hier werden die üblichen Mechanismen der Kreisumlage und der Landschaftsverbandsumlage als Bestandteil dieser Kreisumlage ihr übriges tun, diese Mehreinnahmen zu relativieren.

Noch befinden wir uns nicht in der Lage unserer märkischen Nachbarstädte Menden, Nachrodt-Wiblingwerde und Altena, die Presseberichten zur Folge Aussichten haben wegen ihrer außerordentlichen Finanznotlage besondere Konsolidierungshilfen des Landes NRW zu erhalten. Die Betonung liegt bei dieser Formulierung aber eindeutig bei dem Wörtchen noch. Der Kämmerer hat bereits deutlich daraufhingewiesen und dies im vorliegenden Entwurf auch unmissverständlich dargestellt: Geht der Verschuldungsprozess so unbegrenzt im gleichen Tempo weiter, droht die Überschuldung nicht wie in früheren Planentwürfen prognostiziert 2026/27 sondern bereits zum Ende dieses Jahrzehntes. Auch wenn zu recht angemerkt wird, das „ aufgrund des frühen Planungszeitpunktes die benannten Positionen deutliche Veränderungen erfahren und in dem Entwurf unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips der Erträge eher zurückhaltend und die Aufwendungen im Zweifelsfall höher angesetzt worden sind“ ist nicht von einer wesentlichen Trendumkehr aus diesen Faktoren auszugehen. Es wird keine Haushaltskonsolidierung als Selbstläufer geben.

Welche Ergebnisse die Konsolidierungsgespräche mit der Bezirksregierung Arnsberg zur Erreichung eines genehmigungsfähigen HSK letztendlich bringen, lässt sich noch nicht seriös voraussagen, daher enthält dieser Entwurf auch noch keine Ergebnisse aus diesem Prozess. Aber angesichts der Dimension von notwendigen dauerhaften Haushaltsverbesserungen von 30 Millionen Euro erscheint mir der bisherige Grundsatz, dass dies ohne Schließung von Einrichtungen erfolgen soll, nicht sehr realistisch.

Wie schwierig solche Prozesse im Einzelnen sein können, zeigt die gegenwärtige Debatte um die Zusammenlegung der Standorte der Grundschulen im Rahmedetal.

Bei einer Diskussion zu diesem Thema am Dienstag dem 30.08.2011 im Gemeindezentrum Dickenberg ist häufig von stärkerer Bereitschaft zur Übernahme von unmittelbarer Verantwortung für Teilbereiche der städtischen Infrastruktur durch die Bürgerschaft die Rede gewesen. Hier liegt möglicherweise ein Schlüssel, einige der Aufgaben, die den Menschen in unserer Stadt besonders am Herzen liegen, auch zukünftig noch wahrnehmen zu können.

Diese Debatten um die maroden städtischen Finanzen sind ja in NRW keine Lüdenscheider Spezialität sondern werden in unterschiedlichen Nuancen und Schwerpunkten in vielen Städten und Gemeinden unseres Landes geführt, die sich in ähnlich prekären Finanzverhältnissen befinden, wie das bei uns der Fall ist. Das dies sogar der überwiegende Teil unserer Kommunen ist, die den originären Haushaltsausgleich nicht mehr erreichen, verdeutlicht die Dramatik der Situation.

Die Debatte um die maroden kommunalen Finanzverhältnisse hat nun glücklicherweise zu ersten konkreten Ergebnissen geführt, die deutlich zeigen, dass es richtig und wichtig ist, mit der gesamten kommunalen Familie für eine bessere, auskömmliche Finanzausstattung der Städte und Gemeinden zu kämpfen und sich dabei auch nicht parteipolitisch auseinander dividieren zu lassen. Die rotgrüne Landesregierung in Düsseldorf hat in einem ersten Schritt dafür gesorgt, dass wir uns als Kommunen nicht mehr mit einem Sonderbeitrag an der Konsolidierung des Landeshaushalts beteiligen müssen.

Außerdem erhalten die Kommunen auf Dauer wieder- wie vor 2007 üblich- den 4/7 Anteil am Aufkommen an der Grunderwerbssteuer. Diese beiden Maßnahmen retten zwar nicht den Lüdenscheider Haushalt, bedeuteten aber für uns eine jährliche Verbesserung von rund 1,1 Millionen Euro.

Aber auch beim Bund hat sich der dauerhafte Einsatz im Umfeld der Gemeindefinanzkommission gelohnt. Allerdings hat sich auch bei diesem Prozess wieder gezeigt, dass die Verfassungsidee, nach der wir Kommunen allein durch unsere jeweiligen Bundesländer vertreten werden, für die Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts nicht mehr geeignet ist. Hier muss endlich eine wirksame und direkte Beteiligung von uns Städten und Gemeinden bei der Gesetzgebung organisiert werden, um Verschiebepflichten zu unseren Lasten und damit zulasten aller Bürgerinnen und Bürger vor Ort im Vorfeld wirksam zu unterbinden und beispielsweise bessere Gesetze zu verabschieden, als das Bildungs- und Teilhabepaket mit seinen bürokratischen Hürden und Vorgaben. Das die Verbesserungen der Bundesleistungen beim SGB XII nicht auf Einsicht der aktuellen Bundesregierung zurückzuführen sind, sondern das Ergebnis zäher Kompromissverhandlungen zwischen Bundesrat und Bundesregierung waren, ist für uns als Städte zunächst nachrangig, sollte aber zumindest erwähnt werden. Es zeigt sich wieder einmal, dass es offensichtlich nur auf solchen verschlungenen Pfaden möglich ist, unsere kommunalen Interessen durchzusetzen.

Inzwischen gibt es zu diesem Thema einen Kabinettsbeschluss der Bundesregierung, den der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, der uns allen gut bekannte Dr. Stephan Articus am 20.07.2011 zutreffend kommentiert:

„Die Zusage, die Kommunen schrittweise von den Ausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu befreien, ist eine bedeutende Hilfe für die Städte. Die drückende Last der Sozialausgaben wird sich dadurch auf Dauer spürbar verringern. Das ist auch bitter nötig bei einer neuen Rekordhöhe von fast 45 Milliarden Euro Sozialausgaben für die Kommunen, die wir für 2011 erwarten“ und weiter heißt es völlig zutreffend:

„Der Bund kann die Kommunen nicht unmittelbar von den Ausgaben der Grundsicherung entlasten, daher führt das Gesetz zunächst zu Mehreinnahmen

der Länder. Im Gesetzgebungsverfahren muss sicher gestellt werden, dass die Länder die Entlastung vollständig an die Kommunen weiterleiten. Dies entspricht auch dem Titel des Gesetzes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, das heute beschlossen wurde.“ Soweit das Zitat von Dr. Articus, das wir unseren heimischen drei MdBs gerne mit auf den Gesetzgebungsweg nach Berlin geben, damit hier eindeutige Regelungen getroffen werden.

Die komplette Übernahme dieser Kosten würde bei unserem Märkischen Kreis immerhin zu einer Entlastung von jährlich fast 28 Millionen Euro führen und damit den Druck der Kreisumlage lindern helfen. Denn allein für das Haushaltsjahr 2012 mussten wir mit einer Kreisumlage von gut 40 Millionen Euro kalkulieren, mit steigender Tendenz für die Zukunft, denn auch beim Kreis drohen die dynamisch wachsenden Ausgaben bei der Behindertenhilfe und der Hilfe zur Pflege den Haushalt zu sprengen und die Ausgleichsrücklage wird 2012 beim Kreis verbraucht sein.

Bei allen Fortschritten auf Landes- und Bundesebene wird also deutlich, dass die strukturellen Finanzprobleme Lüdenscheids und vieler anderer Kommunen, insbesondere in NRW, so schwerwiegend sind, dass es trotz der vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung unserer Finanzsituation weiterer Schritte von Land und Bund bedarf, um hier die Dinge ins richtige Lot zu bringen. Wie äußerte vor einigen Tagen der Redakteur einer hiesigen Zeitung im Zusammenhang mit dem sogenannten Rettungsschirm für Kommunen völlig zu Recht: „Die Alimentierung der verarmten Städte kann allenfalls Provisorium sein. Die Daseinsvorsorge ist ein Rechtsanspruch der Bürger. Sie sollte nicht dauerhaft über Almosen geregelt werden.“ Dieses Zitat beschreibt den Kern des Problems sehr zutreffend.

In diesem Zusammenhang ist es übrigens immer weniger zu vermitteln, dass wir nach wie vor über verringerte Schlüsselzuweisungen des Landes den Solidarbeitrag für die inzwischen gar nicht mehr so neuen Bundesländer mitfinanzieren müssen, zuletzt in 2010 mit 1,15 Millionen Euro. Wer mit offenen Augen durch unser Land fährt, wird mit Sicherheit zustimmen, dass Förderung von Regionen längst nicht mehr nach Himmelsrichtungen (also Ost-West) , sondern nach Strukturerefordernissen erfolgen soll und muss. Wie eine solche Strukturförderung erfolgen und intelligent und zügig umgesetzt werden kann, dafür bietet die Umsetzung der Konjunkturpakete für Bildung und Infrastruktur hier vor Ort ein gutes Beispiel. Durch gute Zusammenarbeit aller Beteiligten, ist es gelungen, viele dringend erforderliche energetische Erneuerungen, aber auch längst überfällige Infrastrukturmaßnahmen auf den weg zu bringen. Davon profitieren u.a. zahlreiche Sportvereine, insbesondere auch die Stadtteile in Brügge und am Dickenberg, zehn Schulen, aber auch fast 20 Einrichtungen von freien Trägern und Vereinen in unserer Stadt . Die

Abwicklung ist auf einem guten Weg. Dank an dieser Stelle an Michael Walker, der die Koordination hervorragend organisiert hat und an die ZGW unter der Leitung von Herrn Kusmirtz, die die technische Umsetzung der städtischen Maßnahmen zuverlässig erledigt hat und die freien Träger, wo es nötig war, unterstützt hat. Danke vor allem dafür, dass viele Maßnahmen mit dem heimischen Handwerk abgewickelt werden konnten. Unsere heimischen Handwerksbetriebe haben sich dabei wieder einmal als verlässliche Partner bewährt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die schwierige Finanzsituation ist aber als Entschuldigung für fehlende Initiativen für die Weiterentwicklung unserer Stadt Lüdenscheid ungeeignet.

Nach wie vor zeigen uns die Ehrenamtler in unserer Stadt, was mit Einsatz und Idealismus zu erreichen ist, in Fördervereinen bemühen sich viele mit Erfolg um die Weiterentwicklung von Kinder- Jugend und Kultureinrichtungen. Auch in Schulen und KiTas sind diese Hilfen inzwischen unverzichtbar. Allen diesen Menschen möchte ich an dieser Stelle noch einmal, ich hoffe in unser aller Namen, einen ganz herzlichen Dank aussprechen. Sie und ihr Einsatz machen unsere Stadt erst lebenswert.

Die Stadtentwicklung ist entgegen mancher Befürchtungen trotz der vorher beschriebenen schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht zum Stillstand gekommen, ganz im Gegenteil, der Vertreter eines größeren Textilunternehmens, das vor kurzem im neuen Sternkaree eröffnete, und der Lüdenscheid einige Jahre nicht mehr besucht hatte, war sehr angetan von der Dynamik der Entwicklung.

Ich hoffe wir können die Baumaßnahme Sauerfeld planmäßig im grossen und ganzen in diesem Jahr abschließen. Zum Thema Peek & Cloppenburg und damit zur Frage möglicher weiterer Baumaßnahmen im Zentrum gibt es zur Zeit keinen neuen Sachstand.

Angrenzend an die unmittelbare Innenstadt tut sich aber einiges in Oberstadt und Altstadt. Die Realisierung der neuen Parkpalette Corneliusstrasse ist im vollen Gang. Dank des Geschichts- und Heimatvereins hat die Oberstadt mit dem Brunnen vor der Erlöserkirche ein zusätzliche Attraktion bekommen und für das „Jendritzki Gebäude“ gibt es interessante neue Nutzungsüberlegungen, die ja schon Gegenstand von Beratungen im Planungsausschuss waren.

Auch für den Bereich des geplanten Gewerbegebietes Brügge Ost liegen die Verträge unterschriftsreif beim vorgesehenen Investor und das lange erwartete

neue Feuerwehrgerätehaus findet ebenfalls Eingang in diesen Haushaltsplanentwurf und zwar noch offen ob in Eigenbau oder als Mietlösung.

Unseren wichtigsten Entwicklungsschwerpunkt bildet aber zweifelsohne das Quartier vom Bahnhof bis zur Christuskirche. Dort sind die Gebäude des DIAL und der FH Südwestfalen zur Zeit im Bau.

Der dritte Regionale Stern für die Denkfabrik ist vergeben und wir warten täglich auf den Bewilligungsbescheid, der eine Realisierung ermöglicht. Über Chancen und Risiko dieses Prozesses haben wir im Rat ausführlich diskutiert und werden dies hoffentlich auch bei der Realisierung dieses für Lüdenscheid, aber auch die gesamte Region wichtigen Projektes weiter konstruktiv tun. Ich setze darauf, dass trotz der derzeitiger Ungewissheit bezüglich des Bewilligungsbescheides dieses für die Nachwuchsförderung und die Bindung möglichst vieler Menschen an die technischen Angebote in unserem heimischen Raum realisiert werden kann. Um diese Riesenchance sowohl hinsichtlich des Städtebaus als auch bezüglich des Bildungsauftrages für lebenslanges Lernen zu nutzen haben wir im Investitionshaushalt entsprechende Schwerpunkte gesetzt. Dass dies angesichts unserer denkbar knappen Mittel so vorgelegt wird, macht die Bereitschaft der Stadt Lüdenscheid deutlich, sich weit über das übliche Maß für die Zukunft unserer Stadt und Region einzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meines sehr geehrten Damen und Herren,

ein gutes Beispiel wie Bürger unserer Stadt mit ihrem Engagement für zusätzliche Attraktivität sorgen wollen, ist der von Herrn Denecke und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern konzipierte FAMO (Familienmonat im Herbst des kommenden Jahres) Hier sollen in vorbildlicher Weise unter Einbeziehung möglichst vieler privater und institutioneller Unterstützer kulturelle, sportliche, spielerische und andere Angebote für Familien in allen ihren Generationen innerhalb eines Monats konzentriert präsentiert und umgesetzt werden.

Zur Familienfreundlichkeit gehören sicher auch qualitativ gute und verlässliche Kinderbetreuungsangebote .

Die bisherigen Planungsvorstellungen sind aber durch verschieden Faktoren zur Zeit hinter dem gesteckten Ziel bis 2013 die vorgegebene Bedarfsdeckungsquote von 35 % für die unter drei jährigen Kinder zu erreichen, zurückgeblieben. Hier gilt es nachzuarbeiten. Insbesondere hoffe ich darauf, dass die Verhandlungen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land NRW zur Umsetzung der Ergebnisse des Verfassungsgerichtsurteils zur Konnexität der U3 zusätzlichen Ausbau- und Betriebskosten endlich zügig zu einem guten Ende geführt werden. Wir sprechen hier nach unseren Berechnungen über ca. 700.000 Euro pro Jahr. Wenn wir dann eine mögliche Nachzahlung für den weiteren

Ausbau außerhalb des üblichen Investitionsdeckels zweckgebunden einsetzen könnten, würde dies möglicherweise einiges kompensieren können, was zur Zeit gefährdet erscheint.

Das Erreichen dieses Zieles sollte in gemeinsamer Anstrengung von Kommunen und Land wichtiger sein, als weitere Beitragsbefreiungen, denn jede Absage bei den Betreuungsplätzen ist unabhängig von jeder Quote eine Absage zuviel und bedeutet eine Einschränkung des Rechtes Familie und Beruf sinnvoll miteinander verbinden zu können.

Bei den Zukunftsthemen Flächennutzungsplan, Klimaschutz und Demografie, die es alle wert wären ausführlicher behandelt zu werden, möchte ich hier heute keine ausführlicheren Ausführungen machen. Hier stehen die Konzepte zur Diskussion bzw. zur Umsetzung im Verlaufe dieses Jahres und des kommenden Haushaltsjahres in den dafür vorgesehenen Ausschüssen und Lenkungskreisen an. Beim Thema Umsetzung der Energiewende hier vor Ort steht die Diskussion noch am Anfang. Diese dringend notwendige Debatte sollten sinnvoller Weise mit der Diskussion um die weitere Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes verbinden. Hier setze ich wie bei unseren diesjährigen Haushaltsplan- und Konsolidierungsberatungen auf eine parteiübergreifende, faire Zusammenarbeit. Ich hoffe, wir kommen in diesem Sinne zu all diesen wichtigen Zukunftsthemen zu konstruktiven Diskussionen und Ergebnissen.

Mein herzlicher Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei der Aufstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben, insbesondere natürlich an unseren Kämmerer Herrn Blasweiler und Herrn Haarhaus mit ihrem Team, Mit diesem Dank möchte ich schließen und mich bei ihnen herzlich für ihre Geduld und Aufmerksamkeit bedanken.